



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2017

---

## **Vorwort - Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften - 2016/2017**

Diggelmann, Oliver ; Hufeld, Ulrich ; Kirste, Stephan ; Müller-Graff, Peter-Christian ; Schubel,  
Christian

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-196664>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Diggelmann, Oliver; Hufeld, Ulrich; Kirste, Stephan; Müller-Graff, Peter-Christian; Schubel, Christian (2017). Vorwort - Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften - 2016/2017. In: Diggelmann, Oliver; Kirste, Stephan; Müller-Graff, Peter-Christian; Schubel, Christian; Hufeld, Ulrich. Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften - 2016/2017. Baden-Baden: Nomos, 5-8.

## Vorwort

Zum zweiten Mal erscheint das Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften als Doppelband. Daher ist dieser insgesamt siebente Band des Jahrbuches mit elf Beiträgen umfangreicher als alle seine Vorgänger. Er steht in gleicher Weise für Veränderung und Kontinuität. In der Vergangenheit ist das Jahrbuch von uns im Auftrag bzw. „unter dem Schirm“ der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der Andrassy Universität Budapest (AUB) herausgegeben worden. Eine solche Zuordnung ist nun nicht mehr möglich, da die Fakultäten der AUB im Herbst 2016 einer inneruniversitären Strukturreform gewichen sind. Gleichwohl verfolgt das Jahrbuch weiterhin in erster Linie das Ziel, einen Einblick in die rechtswissenschaftliche Forschung der deutschsprachigen Universität in der ungarischen Hauptstadt zu geben. So handelt es sich denn auch bei den Autoren und Autorinnen des Bandes bis auf wenige Ausnahmen um aktuelle und ehemalige Professoren und Dozenten der AUB, um Doktoranden und Doktorandinnen sowie um Absolventen und Absolventinnen der Universität.

Änderungen sind aber auch beim Kreis der Unterstützer zu notieren. So endete die Förderung durch die Baden-Württemberg Stiftung, die der AUB und insbesondere deren Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften über den außerordentlich langen Zeitraum von 14 Jahren zugutegekommen war, im August 2016. An die Stelle der Baden-Württemberg Stiftung ist nun das Land Baden-Württemberg getreten sowie – für eine Übergangszeit – die Dieter-Schwarz-Stiftung. Die Verbindung des rechtswissenschaftlichen „Standbeines“ der Andrassy Universität zu Baden-Württemberg wird also weiter bestehen bleiben. Dem alten und den neuen Förderern ist für ihr Engagement herzlich zu danken.

Beibehalten werden soll die bereits 2008 im ersten Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften begründete Tradition, im Vorwort die einzelnen Beiträge des Bandes kurz vorzustellen:

Vor bald 25 Jahren erklärte das Bundesverfassungsgericht im Maastricht-Urteil, es übe seine europaverfassungsrechtliche Zuständigkeit in einem „Kooperationsverhältnis“ zum Europäischen Gerichtshof aus. Dennoch fand niemals direkte Kooperation im Wege förmlicher Richtervorlage statt – bis 2014. Im Anschluss an diese historisch erste Vorlage (OMT)

hat der Zweite Senat des BVerfG im Sommer 2017 mit der Vorlage zum PSPP (Public sector purchase programme) neuerlich einen Rechtsakt der EZB in Zweifel gezogen und wiederum den EuGH eingeschaltet. *Ulrich Hufeld* erörtert den „Machtkampf im Dreieck“ – die Karlsruher Angriffe in Luxemburg auf die Frankfurter Geldpolitik.

Im Europäischen Vergaberecht sollen ökologische und soziale Kriterien stärker berücksichtigt werden. *Felix Engelhard* analysiert, wie sich die Berücksichtigungsfähigkeit „sekundärer Vergabekriterien“ einerseits in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, andererseits in der Unionsgesetzgebung entwickelt hat: Wie kohärent entfaltet der EuGH die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Zuschlagskriterien? Beschränkt sich der europäische Gesetzgeber auf eine Übernahme dieser Judikatur oder forciert er eigene Ansätze?

*Andrea Fliegh* untersucht den rechtlichen Schutz der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Völker- und Unionsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Genfer Flüchtlingskonvention und der materiellen, vorrangigen Entscheidung für das Wohl des Kindes. Auf dieser Grundlage vergleicht und bewertet sie Einreise- und Asylverfahren sowie Verwaltungsstandards in Ungarn und Deutschland.

In Konstellationen der „Wegzugsbesteuerung“ prallen hart aufeinander: das Unionsbürgerrecht der Freizügigkeit und das Fiskalinteresse der Mitgliedstaaten. Die Staaten wollen in einer Schlussrechnungssteuer jedenfalls auf un versteuerte stille Reserven zugreifen. Die Unionsbürger pochen auf ungestörten, grundfreiheitlich geschützten „Wegzug“. *Felix Lubrich* erläutert die Gratwanderung des EuGH, der den Schutz der Grundfreiheiten gewährleisten, aber auch dem steuerstaatlichen Anspruch auf Exit-Steuerung Rechnung tragen muss.

*Tobias Wagenknecht* betrachtet Konsequenzen der Brexit-Entscheidung. Das Vereinigte Königreich hat eine historische Rückabwicklung zu bewältigen – die „Retransformation“ des Unionsrechts. Im Zentrum des Beitrags steht der „Great Repeal Bill“, das Gesetz, das eine in 44 Jahren britischer Mitgliedschaft aufgebaute Rechtsmasse unionaler Provenienz in die Hoheitsgewalt Britanniens zurücklenkt. Der Brexit erweist sich als beispiellose Herausforderung auch für die britische Verfassung.

Die Hoheitsgewalt der Europäischen Union beruht auf staatlicher „Kompetenztransferpolitik“. Diese wiederum kann nur auf staatsverfassungsrechtlicher Grundlage stattfinden. Jeder Mitgliedstaat der Union ist angewiesen auf sein nationales – je eigenes und Eigentümliches – Integrationsverfassungsrecht. *Alexander Balthasar* durchdringt die Übertragung



von Hoheitsrechten nach der österreichischen Bundesverfassung. Kritisch mahnt er mit Blick auf Österreichs B-VG mehr Sorgfalt und Konsistenz an.

Wiewohl allgemein und abstrakt formuliert, hat die Änderung des ungarischen Hochschulrechts im April 2017 als „lex CEU“ weltweit Kritik auf sich gezogen. Die Kritiker sehen einen gezielten Angriff auf die in Budapest ansässige, von George Soros, dem amerikanisch-ungarischen Finanzier gegründete Central European University (CEU). *Mark Varszegi* durchleuchtet das neue Recht für ausländische Hochschulen in Ungarn und diskutiert seine Vereinbarkeit mit dem ungarischen Verfassungsrecht.

*Oliver Diggelmann* und *Nina Hadorn* beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit Cyberangriffen, von denen auch zahlreiche europäische Staaten betroffen sind. Die Autoren untersuchen, ob das allgemeine Völkerrecht als gemeinsamer Nenner der verschiedenen Staaten in der Lage ist, mit Cyberangriffen adäquat umzugehen. Sie kommen zum Schluss, dass ein vertragsrechtliches Cyber-Regime längerfristig besser geeignet wäre, das Problem einzudämmen.

Anders als in Ungarn oder Tschechien hat man in Bulgarien bislang noch keine systematische Regelung für den Bereich des Konzernrechts verabschiedet. Gleichwohl gibt es eine Fülle von einzelnen Bestimmungen, die diese Thematik zumindest berühren und auch für grenzüberschreitend tätige Unternehmensgruppen von großer Relevanz sind. *Waltshin Daskalov* gibt einen Überblick über all diese Vorschriften und ihre unterschiedlichen Regelungsansätze.

Bei der Festlegung einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen unterscheidet sich die Rechtslage in Deutschland und Ungarn sehr. Während man in Deutschland auf der Grundlage eines Vorschlages des Landes Nordrhein-Westfalens (erneut) über die Einführung entsprechender Bestimmungen debattiert, existieren vergleichbare Vorschriften in Ungarn schon länger. *Leszek Dziuba* und *Sarah Schwab* arbeiten in ihrem deutsch-ungarischen Rechtsvergleich Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Regelungen heraus.

Die gerichtliche Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen scheint zumindest auf den ersten Blick ein verbraucherrechtliches Thema darzustellen, doch gibt es sowohl in Deutschland, wie auch in Ungarn Vorschriften für eine derartige Klauselkontrolle im unternehmerischen Geschäftsverkehr. *Christian Schubel* und *Kornélia Kozák* analysieren die in Deutschland weithin unbekannten ungarischen Regelungen und machen

dabei auf eine ganze Reihe eigenständiger Lösungen aufmerksam, welche durchaus auch für die deutsche Reformdiskussion von Interesse sind.

Die AUB versteht sich seit ihrer Gründung als „Europauniversität“. Zu dieser Ausrichtung haben in den 15 Jahren seit 2002 auch Rechtswissenschaftler beigetragen. Die Herausgeber präsentieren der Fachöffentlichkeit die Beiträge im *Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften 2016/17* wiederum als aktuelle Zeugnisse gemeinschaftlich-europäischer Grundlagenforschung.

*Oliver Diggelmann*  
*Ulrich Hufeld*  
*Stephan Kirste*  
*Peter-Christian Müller-Graff*  
*Christian Schubel*